

Gegen Tageswachen

CDU fordert leicht erreichbare Polizei

OSTPRIGNITZ-RUPPIN (zig) ■ Der Kreistag des Landkreises soll die Brandenburger Landesregierung auffordern, die Polizeiwachen des Kreises im 24-Stunden-Betrieb zu erhalten. Die Kreisverwaltung soll weiterhin beauftragt werden, „gegenüber dem Innenministerium des Landes auf den Erhalt der Wachen hinzuwirken“. Mit diesem Entschließungsantrag wollen die Ostprignitz-Ruppiner Christdemokraten bei der Sitzung des Kreistages am 17. Juni eine klare Positionierung gegen die geplante Schließung von Polizeiwachen oder deren Umwandlung in sogenannte Tageswachen erreichen.

Hintergrund ist die von Brandenburgs Innenminister Rainer Speer (SPD) geplante Reform der Polizeistruktur. Diese sieht vor, 1 900 Stellen im Land einzusparen und den Bestand an Polizeiwachen zu überprüfen. Gerade

wegen der „verbreitet dünnen Besiedelung des Kreises“ und den schon jetzt immensen Entfernungen der Wachen „würde jede weitere Ausdünnung der Wachen zu erheblichen Abdeckungslücken führen“, heißt es in der Begründung des Antrags.

So werde tags und nachts eine wohnortnahe Polizei benötigt. Eine Tageswache könnte den Bürgern des Landes daher nicht zugemutet werden. Um das hohe Maß an Sicherheit im Land Brandenburg aufrecht zu erhalten, müsse es auch weiterhin eine flächendeckende und leicht erreichbare Polizei geben. Nur so könnten sich die Bürger darauf verlassen, zu jeder Zeit schnell und unkompliziert Hilfe rufen und erhalten zu können. Der Personalabbau würde zwangsläufig Auswirkungen auf die Verbrechensbekämpfung und die Aufklärung haben.